

Oster-Sonntag, der 9. April am Mikrofon, ist Martin Balder.

Guten Morgen.

Die Themen heute.

Israel ist nach Raketenbeschuss und Terroranschlägen in Alarmbereitschaft.

Der Ausbau der Windenergie in Österreich kommt trotz Klimakrise kaum voran.

Armut im Alter betrifft weiterhin viel mehr Frauen als Männer, aber zunächst zu den

Wetteraussichten

mit Daniel Zeinlinger.

Freundlicher als gestern wird es heute im Westen mit einigen Sonnenstunden im Lauf des Tages.

Im Großteil Österreichs bleibt es heute aber noch unbeständig und kalt.

Heute früh haben wir es in allen Landeshauptstädten trüb und es regnet leicht in Wien, Eisenstadt, Salzburg und in Graz.

In Wien, Eisenstadt, St. Pölten und Linz 4 Grad im Moment, in Salzburg 3 Grad, Innsbruck und Bregenz 4, Graz 3 und in Klagenfurt 4 Grad.

Es bleibt heute sehr frisch in vielen Regionen mit nur 4 bis 11 Grad, die Wolken überwiegen meistens, Regenschauer sind durch und Schneeflocken fallen oberhalb von 500 bis 900 Meter Höhe.

Anders aber im Westen und Südwesten, im Bereich von Vidalberg bis Oberkernten.

Hier wird es länger, sonnig im Tagesverlauf und die Temperaturen klettern bis auf 14 Grad.

Der Wind ist normmäßig bis lebhaft, aber kalt.

Morgen der Ostermontag wird dann generell freundlicher mit einigen Sonnenstunden und 10 bis 16 Grad meistens, in Vidalberg und Tirol sogar bis knapp 20 Grad.

Im Osten gibt es aber auch morgen einige Dichte Wolken, Regenschauer bleiben diesmal die Ausnahme.

Danke Daniel Zeinlinger.

Die Spannungen im Laden Osten halten an.

In Israel wurden nach Raketenangriffen und Terroranschlägen mit drei Toten die Sicherheitsvorkehrungen verschärft.

Seit den Zusammenstößen zwischen Palästin-Ensen und Polizei in der Al-Aqsa Moschee in Jerusalem am Mittwoch setzt sich die Gewalt täglich fort.

Aus Israel, Tim Kupal.

Auch am Uster-Sonntag keine Anzeichen von Entspannung.

Am Abend und in der Nacht werden aus Syrien insgesamt sechs Raketen Richtung Israel abgefeuert.

Drei erreichen die von Israel kontrollierten Golanhöhen, zwei schlagen auf unbewohnten Gelände ein.

Die dritte wird vom Raketenabwehrsystem Iron Dome abgefangen.

Als Reaktion beschießt die israelische Armee in der Nacht militärische Ziele in Syrien.

Es entsteht laut syrischen Angaben nur Sachschaden.

Hochspannung auch in Jerusalem am Real der Al-Aqsa Moschee.

Mehr als 100 Palästin-Ensen haben sich in der Moschee Verschanz die Grenzpolizei Zitruppen um das Areal zusammen.

Es besteht ein Sicherheitsrisiko für tausende jüdische Kläubige am Fuße des Tempelbergs,

die später für den Feiertagsegen an der Klagemauer zusammenkommen werden.  
Trotz der angespannten Sicherheitslage sind wieder 10.000 der Israele in Tel Aviv, Haifa und anderen Städten des Landes gegen die Justizumbaupläne der Regierung auf die Straße gegangen.

Die Kundgebungen haben diesmal mit einer Schweigeminute für die Opfer der jüngsten Terroranschläge begonnen.

Der letzte Ankläger der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse ist tot, Benjamin Ferenz war 103 Jahre alt.

Der US-Jurist war mit 27 Jahren Chefankläger im Prozess gegen Mitglieder der NS-Einsatzgruppen, die für die Ermordung von mir als 1 Million Juden verantwortlich waren.

Aus Washington, Niener Bart.

Der Sohn von Benjamin Ferenz, sagte dem Sender CBS News, sein Vater sei am Freitag friedlich in Bolenden Beach im US-Bundestadt Florida gestorben.

Das Holocaust-Museum in Washington DC twitterte, die Welt habe einen Anführer bei der Suche nach Gerechtigkeit für die Opfer von Völkermord und damit zusammenhängenden Verbrechen verloren.

Ferenz war im März 103 Jahre alt geworden.

Geboren wurde er 1920, im damals noch ungarischen Siebenbürgen, als Sohn-Orthodoxer Juden. Seine Eltern wanderten mit ihm als Kind in die USA aus.

Ferenz wuchs in bescheidenen Verhältnissen in New York auf.

Mit einem Stipendium machte er 1943 seinen Jura-Abschluss an der Harvard University.

Er war nicht einmal 30 Jahre alt, als er Nazi-Kriegsverbrechern in Nürnberg den Prozess machte. Später trug Ferenz entscheidend zur Gründung des internationalen Strafgerichtshofes bei.

In Österreich verlangsamt sich der Ausbau der Windenergie.

Obwohl Windkraft einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten kann und auch die Abkehr von russischem Gas beschleunigen würde, werden immer weniger Windräder aufgestellt.

Fachleute sind die Verantwortung, vor allem in den Bundesländern.

Fabian Graber berichtet.

Ab 2030 soll der Stromverbrauch in Österreich mit erneuerbarer Energie gedeckt werden, so die Vorgabe der Bundesregierung.

Um das zu erreichen will der Bund auch die Windenergie stark ausbauen.

Sie soll etwa ein Drittel des zusätzlichen Stroms aus grünen Quellen bereitstellen.

Davon ist man aber weit entfernt, denn der Ausbau der Windkraft geht nur schleppend voran.

Auch heuer, das zeigt die Aktivität nach dem ersten Quartal, so Stefan Meudl, von der Interessensvertretung IG Windkraft.

Wir haben also 80 Prozent nur mehr des Ausbaus von vor Jahren heuer.

Und wenn wir nicht Rorschuss ändern, wird das nächste Jahr noch weniger.

Schon letztes Jahr wurde weniger ausgebaut, als erwartet.

Laut IG Windkraft hätten etwa 90 neue Windräder ans Netz gehen sollen.

Am Ende waren es aber nur 68.

In Österreich kommt der Großteil der Windenergie aus Niederösterreich und dem Burgenland.

Beim weiteren Ausbau seien vor allem vor Adelberg, Tirol und Salzburg gefordert, wo es bis dato noch keine großen Windräder gibt, sagt Günter Paoric von der österreichischen Energieagentur.

Es wird halt notwendig, seine entsprechende Flächen zur Verfügung zu stellen, damit diese Anlagen am Ende auch errichtet werden können.

Ansonsten werden wir uns schwer tun, die Ziele, die wir uns gesetzt haben, auch tatsächlich zu erreichen.

Auch Oberösterreich, Kärnten und Wien liefern bis dato nur wenig Windstrom.

Die Windkraftbetreiber in Österreich fordern hingegen, dass der Staat die Windkraftförderungen erhöht,

damit beim Ausbau mehr weitergeht.

Denn wegen steigender Kosten und höherer Zinsen ließen sich viele Projekte derzeit nicht realisieren, so meudel.

Bei der Frauenarmut im Alter ist wenig Besserung in Sicht.

Nach wie vor sind weit mehr Frauen als Männer im Alter Armuts gefährdet.

Das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der FPÖ hervor.

Deutlich mehr Frauen als Männer beziehen eine Mindestpension.

Eva Haslinger informiert.

Ende des Vorjahres bezogen rund 8 Prozent der Pensionistinnen eine Mindestpension.

Bei den Männern mit Pensionsbezug liegt dieser Anteil bei 6 Prozent.

Das geht aus Zahlen hervor, die sich in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage an Sozialminister Rauch finden.

Gestellt wurde die Anfrage von Rosa Ecker, Frauensprecherin der Freiheitlichen.

Viele ist natürlich, dass sich der Unterschied auch aus Pensionen betrifft zwischen Männern und Frauen absolut nicht schließt,

sondern dass wirklich sehr viel mehr Frauen auch auf Ausgleichszulage angewiesen sind als Männer.

Noch deutlicher zeigt sich der geschlechter Unterschied bei der Armutsgefährdung.

Laut Anfragebeantwortung sind rund 87.000 allein lebende Pensionistinnen Armuts gefährdet.

Dem gegenüber stehen 23.000 allein lebende Armutsgefährdete Pensionisten.

Ja, wir haben der Kindererziehungsserben oder die bessere Anrechnung von Pflege- und Erziehung von Angehörigen.

Die lassen auf sich warten. Da ist keine Rede davon.

Und das würde Frauen besonders unterstützen.

Außerdem verlangt die Freiheitliche Frauensprecherin eine eigene Ausgleichszulagenpension für Frauen.

Viele Frauen bekämen dadurch, dass sie verheiratet sind oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben,

eine gemeinsame Ausgleichszulagenpension mit dem Partner oder der Partnerin.

Wohin gegen alleinstehende Pensionistinnen eine eigene Mindestpension beziehen.

Der ORF wird künftig durch eine Haushaltsabgabe finanziert.

Im Zuge der Umstellung werden zumindest drei Bundesländer auf die Landesabgabe verzichten.

Von der Tierzeit eingehobenen Gießgebühr gehen ja zwischen 4 und 6 Euro nicht an den ORF, sondern an die Länder.

Einige von ihnen wollen die Abgabe aber auch weiterhin beibehalten.

Details von Julia Schmuck.

Schon jetzt heben Vorarlberg und Oberösterreich keine Landesabgabe ein.

In Niederösterreich ist die Abschaffung geplant.

Auch Salzburgs Landeshauptmann Haselauer von der ÖVB hat zuletzt Sympathien dafür gezeigt.

Kärnten finanziert mit der Landesabgabe das Musikschulwesen, heißt es vom Pressesprecher des Landeshauptmannes,

im Interesse der Schülerinnen wolle man die Kulturabgabe beibehalten.

Auch in Tirol winkt das Landeshauptmann Büro ab, man werde grundsätzlich an der Landesabgabe festhalten,

sie kommen sozialen Zwecken und kleineren Kulturinitiativen zugute.

Auch das Burgenland hält grundsätzlich daran fest, wie ihn verteidigt auf Anfrage die Landesabgabe,

sie sei treffgenau für kulturelle Zwecke.

Auch in der Steiermark wird es sie weitergeben.

In den meisten Bundesländern, die daran festhalten, dürfte die Landesabgabe künftig etwas geringer ausfallen,

weil sie prozentuell an den sinkenden ORF-Beitrag angepasst wird.

Leih e-Scooter sind nach wie vor ein viel diskutiertes Thema.

Laut Kritikern gibt es zu viele von ihnen, viele Elektro-Roller werden nicht ordnungsgemäß abgestellt

und überhaupt benehmend sich manche Lenker einfach rücksichtslos.

Doch es gibt noch ein anderes Problem, die ökologische Bilanz der Leih-Scooter sei oft verheerend, sagen Experten.

Mia von Florian Katzinger.

Leih e-Scooter können unter gewissen Umständen so klimaschädlich wie ein Auto sein.

Michael Meschig vom Institut für Verkehrswesen an der Universität für Bodenkultur.

Der größte Emissionsverbrauch ist bei der Herstellung und dann hängt es davon ab, wie lange diese Geräte im Betrieb sind.

Wenn die e-Scooter relativ kurz im Betrieb sind, also nur 2-3.000 km fahren und dann weggeworfen werden müssen,

weil sie kaputt sind, dann haben sie eine größere Emissionsbilanz, eine schlimmere CO2-Emission als BKW zum Beispiel.

Im eigentlichen Betrieb haben die Leih-Scooter eine gute Emissionsbilanz in der Herstellung, aber nicht.

Schlecht für die Klimabilanz ist auch, wenn sie nur herumstehen.

Untersuchungen in Berlin, Dresd und Paris haben zudem ergeben, dass nur wenige das Gefährt statt dem Auto nutzen.

Das war das Frühstück am Most der Sonntag, es ist 10 nach 8.